

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, werte Mitstreiter,

es hat schon etwas Besonderes, mit 51 zu beginnen Wahlkampfreden zu halten. Diesem Satz können Sie bereits zweierlei entnehmen: a) mein Alter und b) meine Wahlkampf Erfahrung. Was sollten Sie sonst noch über mich wissen? Ich bin kein Politiker. Ich bin Lehrer mit Diplom, Germanist mit Promotion, plagiatsfreier Promotion, wie man heute betonen muss, außerdem Journalist, Pressesprecher und Hochschuldozent – meist nacheinander, manchmal auch parallel. Und ich bin ein politisch engagierter Bürger. Aber ich bin kein Politiker, ich fühle mich nicht so, ich denke nicht so, und ich rede hoffentlich auch nicht so. Aber ich will mich vorlesungs- und medien erfahren bemühen, klare Worte zu finden. Ich gehöre allerdings nicht zur Spezies der Krawallwahlkämpfer, die alle 30 Sekunden eine Phrase dreschen, die sie dann minutenlang beklatscht wissen wollen. Meine Ägide ist die Macht der Rhetorik, nicht die Rhetorik der Macht.

Ich möchte hier auch keine Grundsatzrede zur Programmatik der AfD oder gar zum Euro halten – diese Reden sollten unseren Experten mit Prof. Lucke an der Spitze vorbehalten bleiben. Ich möchte Ihnen stattdessen erzählen, was mich in diese Partei mit dem Begriff „Alternative“ im Namen trieb und wofür ich eintreten will. Und das hat, dreimal dürfen Sie raten, weniger mit Medien, sondern vor allem mit Bildung zu tun. Ich hatte das sehr grob zum Parteitag in Markleeberg umrissen und bin dafür in den Landesvorstand und auf die Bundestagsliste gewählt worden.

Bildung also – ein Gebiet, das heute Probleme von Wissenschaft und Hochschule ebenso beinhaltet wie Probleme von Schul-, Schüler- und Lehrerkultur, ja sogar von Arbeitsmarkt- und Zuwanderungspolitik, erst recht von Finanzpolitik. Ich möchte das also verfeinern, und zwar anhand von drei Kernforderungen, die ich dann untersetzen will. Ich gestehe gern, ich habe nur wenige Patentrezepte, wie ich die so benannten Zustände ändern kann. Aber in den heutigen alternativlosen Zeiten, in denen am Volk vorbei bzw. gleich über das Volk hinweg regiert wird, ist es wichtig, die Probleme erstmal ehrlich zu benennen, zu beschreiben und zu diskutieren. Und ehrlich heißt für mich nicht, die Missstände etwa im Armutsbericht der Regierung so schamlos zu reduzieren, zu verfälschen oder gar zu beschönigen, wie das die FDP im letzten Jahr ungestraft machen durfte. In einer Demokratie darf die politische Willensbildung nicht durch Ideologien unterdrückt werden.

Politiker neigen generell dazu, Probleme, die sie nicht lösen können, zu leugnen und jene zu beschimpfen, die sie benennen. Bildet man einen Index der Leugnungs-Intensität, so müssen die Probleme in der Tat groß sein. Schon Urvater Lasalle hatte den Sozialdemokraten ins Stammbuch geschrieben, dass alle große politische Aktion mit dem Aussprechen dessen beginnt, was ist. „Deutsche fürchten Lügen in der Euro-Krise“, titelte die WELT am 13. August über die Ergebnisse einer Umfrage. Laut der meinen 91 Prozent der Befragten, dass sie die Euro-Krise noch lange beschäftigen wird. Nur 17 Prozent der Deutschen glauben, dass das Schlimmste in der Euro-Krise schon vorbei ist. Jeder zweite Bundesbürger befürchtet

Auswirkungen auf den Wohlstand, viele hätten Angst vor Altersarmut durch die Niedrigzinspolitik. Vier von fünf Deutschen befürchten, dass die Krise die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern werde. Ganz schlechte Noten bekommen die Politiker. Nur jeder Zehnte glaubt, dass die Politiker der Bevölkerung in Fragen der Euro-Krise reinen Wein einschenken. Aber wer keinen Blick mehr hat für Rentenunsicherheit, Altersarmut und soziale Zerbröselung aufgrund zunehmender Ungerechtigkeit oder letzteres als „Neiddebatte“ diskreditiert, hat sich selbst ad absurdum geführt. Der formale Akt dazu muss am 22. September folgen – und mit Ihrer Hilfe schaffen wir das auch.

Diese Kernforderungen also sind:

- I) Bildung braucht Köpfe
- II) Bildung braucht Geld
- III) Bildung braucht Werte

I Bildung braucht Köpfe – das scheint auf den ersten Blick logisch. Ich werde schwerlich von Bäckern oder Fleischern erwarten wollen, dass sie Abiturprüfungen abnehmen oder Vorlesungen zur Deutschen Klassik halten. Für insgesamt 18 Millionen Kitakinder, Schüler und Studenten nun haben wir etwas über eine Million Erzieher, Lehrer und Professoren. Dass das zuwenig ist, können Sie allein in Sachsen an mehreren Indizien festmachen:

1 Durch Lehrermangel fallen hochgerechnet etwa vier Prozent aller Stunden aus. Unterricht gilt hierzulande aber auch dann als gehalten, wenn Schüler in der »Stillbeschäftigung« ohne Anwesenheit eines Lehrers nur Aufgaben lösen oder Lehrer zwischen zwei Klassen pendeln. Gar nicht in die Statistik des Kultusministeriums ein geht der Ausfall von Förderunterricht, Integrationsstunden oder Ganztagsangeboten. Also: geschönte Zahlen. Der Landesschülerrat spricht von Spitzen zwischen 15 und 46 %, vor allem im Raum Dresden und in den Klassenstufe 8 und 9. Dazu kommt: das Schuljahr 2013 startete mit 80 unbesetzten Direktorenstellen, allein 4 in Leipzig!

2 Da jahrelang auf die Einstellung von Junglehrern verzichtet wurde, sind 91 Prozent der Pädagogen in Sachsen älter als 40 Jahre; bis 2030 werden mehr als 80 Prozent der Kollegen in Rente gehen. Erst 2012 wurde mit dem sogenannten Bildungspaket darauf reagiert. Das sieht bis zum Schuljahr 2015/16 die Einstellung von 2.200 Lehrern vor. Die Hälfte des dafür nötigen Geldes, 100 Millionen Euro, hätte das Haus von Ex-Kultusminister Roland Wöllner aufbringen sollen – das bedeutete allein 2012 Einsparungen von 4,8 Millionen Euro. Doch weil die Ausgaben für freie Schulen und Kindertagesstätten gesetzlich vorgegeben sind und Wöllner nach Weisung Tillichs im Sportressort den Rotstift nicht ansetzen durfte, blieb nur der Etat für die Lehrer. Dort zu streichen sei aber selbst für ein exzellentes Bildungssystem wie das sächsische nicht verkraftbar, fand Wöllner – und ging.

3 Die guten Pisa-Ergebnisse verdankt Sachsen seinen Lehrern. Und hier stimmt derzeit gar nichts. So haben von den 150 Leipziger Absolventen für das Gymnasium dieses Jahr nur neun (!) eine Anstellung an einem staatlichen Gymnasium in Sachsen bekommen. Kein Wunder, dass der Frust tief saß. Zur „Feierlichen Zeugnisübergabe“ am Mittwoch, 10. Juli, machten die Junglehrer ihrem Ärger Luft und gewährten Einblick in die Ausbildungsrealität. Sie fühlen sich vom Land Sachsen getäuscht. Die Medien übrigens mussten sie auf Weisung der Uni wieder ausladen. Ich habe die Abschlussrede trotzdem und zitiere daraus: *„Nicht feierlich ist, dass in einem der wohlhabendsten Länder der Welt, konkret im Bundesland mit dem angeblich besten Bildungsmonitor, die Bildungspolitik so am Bedarf vorbeiplant, dass es als das Normalste der Welt dargestellt wird, wenn ausgebildete Gymnasiallehrer Einstellungsangebote für die Grundschule bekommen sollen. Und dabei reden wir nicht von einigen, wenigen Abordnungen für einen Englisch- oder Sportlehrer, sondern von einer Vollzeitanstellung an einer Grundschule – natürlich mit Grundschullehrergehalt, natürlich ohne die entsprechenden Fächer studiert zu haben, natürlich ohne die passende pädagogische Ausbildung und natürlich ohne Zusicherung, ans Gymnasium zurückkehren zu können. Stellen wir doch gleich die Grundschullehrerausbildung komplett ein, wenn sie gar nicht erforderlich ist, Frau Kurth - natürlich können Sie dabei auch eine Menge Geld sparen, Herr Unland.“* Man stelle sich nur die Auswirkungen vor, die die Einstellung eines Gymnasiallehrers für Deutsch an einer Grundschule hätte. Studenten für das Lehramt Deutsch an Gymnasien lernen nicht, wie sie Kindern Lesen und Schreiben beibringen können. Genau das wäre aber nun eine ihrer Aufgaben.

Kurioserweise lässt man also zu, dass viele in Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg fliehen bzw., wenn sie dort studierten, gleich bleiben, wo sie besser bezahlt und sogar verbeamtet werden. Und: bei einigen Fächerkombinationen drängt sich der Verdacht auf, dass durch die Referendare und ihre Lehraufträge der tatsächliche Neulehrerbedarf kompensiert werden sollte. Eine neue Verordnung unterstreicht diese Entwicklung. Ab dem kommenden Jahr müssen Referendarinnen und Referendare mit selbstständigem Lehrauftrag zwölf Stunden unterrichten – und sich in der Ferienzeit arbeitslos melden. Da, wo Vertrauen und eine Beziehung zu den Schülern so wichtig ist, bekommen unsere Kinder jedes Jahr eine neue Lehrkraft vorgesetzt. Hauptsache es konnten wieder ein paar volle Lehrerstellen eingespart werden. Das, meine Damen und Herren, kann nicht richtig sein!

An unseren Hochschulen ist es noch schlimmer bestellt. „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen“ wusste schon Benjamin Franklin. Was aber erleben wir? Der „Innovationsindikator“ der Deutschen Telekom Stiftung und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der das Innovationsklima in 26 Industriestaaten erhob, schrieb 2012: „Die Strukturen des Wissenschaftssystems stehen einer effizienteren Mittelverwendung im Wege und treiben viele junge Wissenschaftler ins Ausland, wo sich ihre Karrieren sicherer planen lassen.“ Resultat: Deutschland liegt im internationalen Vergleich mit seinem Anteil an Hochqualifizierten weit hinten – als Schlusslicht aller 36 OECD-Staaten.

Das ist aber auch kein Wunder, denn diese Strukturen sind schon längst auf das Prinzip „Masse statt Klasse“ getrimmt. Wir müssen an unseren Hochschulen den statusbegründenden quantitativen „Immer-Mehrismus“ abschaffen zugunsten qualitativer Maßstäbe, denn: das Meiste ist nicht das Beste. Dieser „Immer-Mehrismus“, nach denen Forschung bewertet wird, fragt nur noch nach immer mehr Publikationen, nach immer mehr Drittmitteln, nach immer mehr Promotionen. Das ist falsch, denn niemand fragt danach, wie substantiell die Publikationen sind und vor allem wo die Promovenden dann bleiben. Warum wird Forschung nicht mit jenen Wissenschaftlern betrieben, die ihre Befähigung dazu nachgewiesen haben? Da steckt der Staat, also der Steuerzahler, ca. 10 Jahre in die Ausbildung eines promovierten Hochschulabsolventen, aber kümmert sich hinterher nicht darum, aus der Investition Gewinn zu schöpfen.

Unser Bildungssystem produziert gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften und durch die Politik der möglichst großen Zahlen bei Studienabgängern und eben auch bei Promotionen haufenweise Überqualifizierte, die auf dem Arbeitsmarkt nur begrenzt integriert werden können und sich nicht selten jahrelang mit prekären Selbständigkeiten durchschlagen müssen. Sie werden im Ergebnis häufig in Hartz IV gedrängt, von wo sie im Ergebnis des psychologischen Drucks der Jobcenter z.B. in Zeitarbeitsjobs bei Callcentern und damit zu Arbeiten gezwungen werden, die sie nur noch unterfordern. Das Problem lässt sich nur lösen, indem ein vernünftiger akademischer Mittelbau mit festen Stellen aufgebaut und die Anzahl an Doktorandenstellen erheblich reduziert wird. Wir müssen endlich damit aufhören, Wegwerfakademiker zu produzieren. Wieso brauchen wir zehnmal so viele mäßige Doktoranden als später Professuren zu besetzen sind?

Diese Frage allerdings zieht sehr viele weitere Probleme nach sich. Auf zwei nur will ich kurz hinweisen. An eins: ein Nebeneffekt ist, dass man billige Lehrkräfte für die Unis hat. Aber leider gehört zu dieser Gruppe auch jene der Lehrbeauftragten, die jeweils semesterweise verpflichtet werden. Die Beschäftigungsbedingungen vor allem für diese sind so miserabel, dass sich an der Exzellenz-TU Dresden eine Initiative gegründet hat. Freiberufliche Lehrbeauftragte stehen in keinem Beschäftigungsverhältnis mit der Hochschule und halten Lehrveranstaltungen auf Honorarbasis. Ihnen steht weder Kranken- noch Urlaubsgeld zu. Sie genießen keinen Mutterschutz und sind nicht unfallversichert. Überstunden können nicht abgegolten werden, Lehrmaterialien müssen sie selbst bezahlen. Lehraufträge sollten ursprünglich dazu dienen, das Lehrangebot an Hochschulen zu bereichern beziehungsweise zu ergänzen. Heute stellen Lehrbeauftragte oft einen großen Anteil der Lehre sicher. Das gilt für Musik- und Kunsthochschulen in besonderem Maße, wie an der Hochschule für Musik (HfM) Dresden die 43 Prozent oder an der Hochschule für Musik und Theater (HMT) Leipzig sogar 47,4 Prozent zeigen – bei Vergütungen, die bei 15,20 Euro pro gehaltener Unterrichtsstunde beginnen – in einem Semester, also einem halben Jahr, verdient man dann ca. 450 € - die Miete für einen Monat. Und oft genug auch ohne Bezahlung, weil Doktoranden, erst recht frische Doktoren etwa ihre Arbeitsmarktchancen verbessern wollen.

An zwei: es liegt ja auf der Hand, dass dieser Immermehrismus Schludrigkeit förmlich herausfordert. Wer nimmt sich Zeit, wissenschaftlich genau zu arbeiten, wenn der betreuende Wissenschaftler selbst unter Publikations- und Drittmitteldruck steht und den Forschungsstand nicht mehr überblickt? Das fängt beim fehlerhaften Zitieren im wissenschaftlichen Essay an und hört beim Plagiat in der Promotion auf. Wir brauchen neue Betreuungsstandards: Plagiate müssen wirksam unterbunden werden, Hochschulen dürfen nicht für besonders viele Doktoranden mehr Geld aus der leistungsorientierten Mittelvergabe bekommen. Das setzt allerdings ein striktes Leistungsprinzip voraus: wer promovieren darf, muss nicht nur zu den Besten, sondern zu den Allerbesten gehören, aus denen sich dann auch der wissenschaftliche Nachwuchs rekrutiert. Ich zeige Ihnen das mal an meinem Beispiel: ich habe 1987 ein Jahr vorfristig mein Diplom „mit Auszeichnung“ absolviert, ein Jahr später einen sehr guten Hochschulabschluss hingelegt – und darum eine Promotionsstelle bekommen. Wer diesen Hochschulabschluss auch hatte, aber sein Diplom nur fristgerecht und „sehr gut“ verteidigte, ging halt leer aus. Und wer akademischen Anstand und wissenschaftliche Ehre im Leibe hat, wird nie plagiiert. Wie verkommen ist diese Republik geworden, dass eine 28jährige frischpromovierte Dame ohne jede Lehr- und Lebenserfahrung an der Dresdner TU eine Juniorprofessur erhält, von der sie anderthalb Jahre später wieder zurücktritt, als ihr Plagiatsschwindel auffliegt – und ehrliche, gestandene Akademiker mit -zig Semestern Lehrerfahrung nur Lehrbeauftragte bleiben? Wie verkommen ist diese Republik geworden, dass akademische Betrüger wie Guttenberg, Koch-Mehrin, Schavan und wie sie alle heißen mögen in höchstdotierte politische Ämter gelangen, die wirklichen Akademiker dagegen keine Chance haben – und nebenbei, diejenigen, die den Betrug aufdecken, als Buhmänner hingestellt werden: als ob **sie** schuld an den Betrügereien sind, nicht aber die Betrüger selbst? Keine Verjährungsfrist für Plagiate – eine falsche Fußnote bleibt falsch, auch nach dreißig Jahren!

Wenn aber Netzwerke und Parteibücher über Karrieren bestimmen, ist das Leistungsprinzip ad absurdum geführt – das ist DDR 2.0! Wir werden oft als Professorenpartei verspottet. Aber hier bei uns ist genau der Sachverstand versammelt, den plagiierte Zusammenschreiber eben nicht mehr haben. Und, hier plagiiere ich gern Bernd Lucke: lieber eine Partei der richtigen Professoren als eine der falschen Doktoren!

Diese quantitative Entwertung des Titels befördert Sachsen seit diesem Jahr auch qualitativ. An der Berufsakademie wurden im März Studiengangsleiter zu Professoren ernannt, die zum Teil noch mal keine Promotion haben. Was für ein Signal sendet damit das Wissenschaftsministerium dieses Freistaats aus? Strengt euch nicht mehr an, schon gar nicht mit einer Doktorarbeit, setzt euch in euern Sessel, lehnt euch zurück, verwaltet euern Studiengang und wartet, bis ihr dran seid! Wo führt das hin? Auch in Zukunft wird es uns sicher nicht an Diplomierten, Doktoren und Professoren mangeln – allerdings immer noch an der Fachkompetenz, da jeder seinen Titel auch ohne diese bekommt! Was das bedeutet, erleben wir nicht nur bei Stuttgart 21 oder dem Berliner Großflughafen. Spätestens wenn in unserem Lande die Kraftwerke hochgehen oder die Flugzeuge abstürzen, weil das wissenschaftliche Personal sich durch Studium und Promotion gemogelt hat und in der

Praxis daher Fehler macht, wird man feststellen, dass in unserem Land etwas nicht stimmt. Und nur nebenbei: selbst mit unseren Lehrbüchern geht es abwärts: die Stiftung Warentest, die 2007 insgesamt 17 Schulbücher prüfte, fand auf jeder 5. Seite sachliche Fehler...

II Bildung braucht Geld – das ist etwas, das niemand gern hören will, aber viele fordern. Zuletzt der bereits erwähnte „Innovationsindikator“. Trotz milliardenteurer Investitionen - welcher eigentlich? Stuttgart 21, Berlin International usf.? - leide die Zukunftsfähigkeit Deutschlands unter den Problemen an Schulen und Universitäten, heißt es da: „Die größte Schwäche im deutschen Innovationssystem ist weiterhin die Bildung“. Die Bildungsausgaben liegen in Deutschland nach internationalen OECD-Kriterien immer noch deutlich unter dem Schnitt der anderen Industrienationen. Das ist aber auch kein Wunder, wenn das Bankenrettungspaket von 500 Mrd. € so schwer ist wie der Bundesetat für Bildung und Forschung - für 50 Jahre! Aber Bildung ist oberstes Gebot einer Gesellschaft, zumal einer rohstofflosen. Sonst gehen Wissen und Wohlstand verloren. Die Gesellschaft ist für die kostenlose und vom Geldbeutel der Eltern unabhängige Bildung verantwortlich. Hier greift erstmals unsere Forderung, dass die Aufgaben des Staats neu definiert werden müssen.

Das beginnt bereits bei den Schulbauten. So steht in Sachsen das Thema Schulsanierung im Doppelhaushalt erst 2014 auf dem Plan. Allein das Dresdner Schulwesen spricht von einem Sanierungsstau von einer dreiviertel Milliarde mit Mehrbedarf, Stand 2010. Aber sollen sich Schüler daran gewöhnen, dass der Putz von den Wänden bröckelt, das Pfeifen der teils original eingesetzten Holzfenster vom Denken ablenkt, man nur dann auf die Toilette geht, wenn es wirklich dringend nötig ist und das die Turnhalle nicht oder nur teilweise genutzt werden kann? Erstklassige Schulbildung in drittklassigen Gebäuden. Was für ein Widersinn.

Oder Braunschweig, das ja jetzt wieder in der 1. Liga spielt (wenn auch nicht der der Bildung): hier wurden 2011 zugunsten des Baus von VIP-Logen im Stadion 57 andere Bauvorhaben gestoppt – wen wundert's, aus dem Bildungsbereich. So wurden 5,4 Mio. für die Aufstockung des Schulsanierungsprogramms gekippt, 1,7 Mio. für den Bau einer Mehrzweck-Sporthalle an der GS Kradenrieden oder 290 000 € für fünf Straßensozialarbeiter in benachteiligten Stadtteilen; insgesamt waren es ca. 21 Mio. Resultat: vielerorts Selbsthilfe durch Eltern. Und jetzt halten Sie sich fest: schwarzgelbe Stadtratsvertreter feierten die beschämende Selbsthilfe auch noch als vorbildlichen Einsatz von Bürgern, die nicht immer gleich nach dem Staat rufen. Das ist schon nicht mehr frech, das ist unverfroren.

Dazu: die Lehrer. Wenn wir mehr Junglehrer für Sachsen haben wollen, muss gelten: gleiche Anstellungs-Regelungen und Besoldung für alle Pädagogen, um nicht gegenüber anderen Ländern benachteiligt zu sein! Wir brauchen eine finanzielle Aufwertung des Lehrerberufs, um die Bedarfslücke zu decken, verbunden mit praxisnäherer Ausbildung. Es kann nicht sein, dass es in Sachsen wichtiger ist, sonntags Auto zu waschen, als wochentags genug Lehrer zu haben. In einem Facebook-Kommentar äußerte eine Leipziger Absolventin, jetzt in NRW

verbeamtet, dass sie mit 50% Teilzeit im Mutterschutz gerade mal 10 % weniger verdiene als ihre sächsischen Kommilitonen in Vollzeit – das ist ein Unding.

Damit zu den Hochschulen – und Sie ahnen es: hier ist es noch viel schlimmer bestellt. 2010 lag Sachsen auf Finanzierungsplatz 14, nur das Saarland und Brandenburg haben weniger öffentliche Mittel je Student für die Universitäten ausgegeben. Seit 2011 klaffen die Zuschüsse des Freistaats Sachsen und die Kosten der Hochschulen erstmals auseinander. Inflationskosten, Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst - die Hochschulen sind zunehmend gezwungen, ihre Grundfinanzierung auch aus Drittmitteln zu nehmen. Das führt zu Abhängigkeiten, nicht aber zu freiem Forschen und Lehren. Denn: Wissenschaft verliert ihre Unabhängigkeit, wenn sie von Firmen finanziert wird – es ist, als würden Unis „anschaffen“ gehen. Was aber finden wir: Drittmittelverbünde, Graduiertenkollegs und Exzellenzcluster. Einen Extremfall deckte Peter Grottian 2011 auf: einen Geheimvertrag der Deutschen Bank, die 3 Mio Euro/Jahr an der Berliner Humboldt-Uni und der TUB für je eine Stiftungsprofessur in Finanzmathematik investierte. Der Vertrag sah u.a. vor, dass Forschungsergebnisse der Bank vor der Publikation vorgelegt werden müssen. Das, meine Damen und Herren, ist eine Ökonomisierung der Wissenschaft, das ist akademischer Kapitalismus!

Investitionen in die Forschung werden in diesem Kontext nach dem Maßstab kurzfristiger Nutzenerwartung getätigt. Die Konsequenz dieser Politik ist die Überinvestition in aktuell gewinnträchtige Forschung, die Überforschung von im Trend liegenden Themen und die Unterinvestition in risikoreiche Forschung außerhalb des Mainstreams, gegen Modetrends und abseits der angewandten Forschung. (vgl. Richard Münch) Die seltsamsten Blüten dieser Ökonomisierung: wenn das Stadion in Würzburg seit diesem Jahr „flyeralarm-Arena“ heißt, mag man das als gängige sportliche Praxis sehen. Aber wenn es an der Fachhochschule Würzburg einen „Aldi-Süd-Hörsaal“ gibt, oder die Nürnberger Team-Bank dafür 130 000 Euro zahlte, dass ein Hörsaal der Universität Erlangen-Nürnberg jetzt easyCredit - Hörsaal heißt, benannt nach einem Produkt der Bank... soll das nun gängige Hochschulpraxis sein? Vor rund drei Jahren gab die Europäische Kommission eine Meinungsumfrage in Auftrag. Die Bürger sollten sich zu der Frage äußern, ob sie den Ergebnissen der Wissenschaft Glauben schenken. Das Fazit: „Die Europäer gehen mit großer Entschiedenheit davon aus, dass man nicht darauf vertrauen kann, dass Wissenschaftler bei kontroversen wissenschaftlichen und technischen Problemen die Wahrheit sagen, weil sie zunehmend von den Fördermitteln der Industrie abhängig sind.“

Schluss daher mit Stellenstreichungen an allen Bildungseinrichtungen! Bildungs- und Wissenschaftsministerien müssen für die Förderung der Bildung stehen und nicht Vollstrecker der Finanzministerien sein! Sofortige Wiederbesetzung statt Sparszenarien und Stellenstreichungsplänen! Diese Taktik der „verbrannten Erde“ führt zu Verlusten an Kontinuität, Erfahrungen und Wissen; Qualität und Knowhow gehen so verloren!

Und: die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen in Instituten, Universitäten... über Jahre muss aufhören, um ein Mindestmaß an Lebenssicherheit zu bieten. Es kann nicht sein, dass der Staat die Mittel zur Forschung kürzt und dies permanent über kurzfristige Forschungsaufgaben der Industrie aufgefangen werden soll, nämlich jene Drittmittel. Wer soll so eine Familie gründen, sich an einem Ort wohl fühlen und in gefestigte gesellschaftliche Strukturen eingebunden sein? Wir sind gegen die moderne Tagelöhneri, die uns von FDP und CDU und auch von der SPD als Modernisierung und Flexibilisierung vorgegaukelt wird. Das ist weltweit einmalig. In Frankreich und England sind gerade 35 % des wissenschaftlichen Personals befristet angestellt, in den USA gar nur 18. In Deutschland dagegen sind es inzwischen 74 %!

Und: für Lehrbeauftragte müssen Mindesthonorare kommen! Es kann nicht sein, dass mit der FH Mittweida eine sächsische Hochschule für dieses Sommersemester 2013 eine befristete Dozentur mit einer TVöD 11 ausschreiben darf, d.h. die Übernahme professoraler Aufgaben um zwei Stufen schlechter bezahlen wollte als die Tätigkeit eines wissenschaftlichen Mitarbeiters, ja sogar schlechter als jeder Lehrer! Spätestens an dieser Stelle erlebe ich, wie ich langsam zu dem werde, was die Medienkollegen im Gefolge von „Stuttgart 21“ als „Wutbürger“ bezeichneten! Und diese Mittweidaer Niedertracht war im April auch der Anlass für mich, der AfD beizutreten!

Und letztens: wie viel vollprivat finanzierte Bildung wollen wir? Ich erinnere hier zuerst an die Tatsache, dass an einer privaten Fachoberschule in Schweinfurt der gesamte Abi-Jahrgang bei den Abschlussprüfungen durchgefallen war. Dieses Totalversagen war aber nicht Schuld der 27 Schüler, wie die Schulaufsicht feststellte. Jetzt schließt die Schule. Ähnlich in Dresden: an einer ESO (Euro-Schule) hat eine Klasse aus acht Schülern im Alter von 19 bis 29, die in einem Jahr die Fachhochschulreife erreichen wollten und dafür 110 Euro monatlich zahlten, die Prüfung im Fach Deutsch komplett nicht bestanden und damit auch die Fachhochschulreife verweigert. Berichten von „Focus Online“ zufolge geben die Dresdner Abiturienten der Schulleitung die Schuld an dem Debakel: Ihr Deutschlehrer habe keine Zulassung gehabt und sie unzureichend vorbereitet. Zudem sei der Unterricht mangels Lehrern wochenlang ausgefallen.

Das, meine Damen und Herren, ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Dass wir Freie Schulen brauchen, bestreitet niemand – auch wenn hier eine soziale Auslese durch Schulgebühren stattfindet, auch wenn die Qualifikation der „Lehrer“ manchmal zweifelhaft ist. Aber brauchen wir auch private Bildungsträger, die zu akademischen Graden führen – mit Semestergebühren, die schon mal über 500 € monatlich betragen können? Denn dieses Geschäftsmodell sieht vor, dass aus dem Studenten ein Kunde wird – was erneut die Ökonomisierung unserer Bildungssystems unterstreicht. Wird jedoch ein Dienstleistungsunternehmen seine Kunden verprellen, indem es ihnen schlechte Noten gibt oder durch Prüfungen fallen lässt? Wird es gar seine Kunden verjagen, indem es sie vorzeitig exmatrikuliert? Wohl kaum! Ich habe viele Semester an solchen privaten Hochschulen

gelehrt und zum Teil furchterregende Dinge erlebt! Hier ist also nicht mehr maßgeblich, von welcher Qualität Studium und Abschluss sind, sondern nur noch, das man beides bezahlt hat. Im Gegenteil: Der vorzeitige Abschluss eines nebenberuflichen Studiums berechtigt nicht zu einer Reduzierung der Studiengebühren. Für Aufsehen in diesem Zusammenhang sorgte der Fall eines ehemaligen Studenten, der seinen Abschluss an einer privaten Hochschule schneller als vorgesehen gemacht, daraufhin die monatliche Zahlung der Studienbeiträge einstellte und jetzt verurteilt wurde, die vollen 11 Semester zu zahlen. Das Modell der privaten Bachelor-Vergabe gehört für mich prinzipiell auf den Prüfstand!

III) Letzter Punkt: Bildung braucht Werte. Was wie eine Binsenweisheit klingt, ist es längst nicht mehr. Schon Wilhelm von Humboldt erklärte: "Bildung ist kein Sein, sondern ein Trieb, und zwar nicht im Sinne eines Strebens nach einem vorgegebenen Ziel, sondern im Sinne einer Sehnsucht nach einem unbekannten Ziel." Wir müssen wieder dahin kommen, dass Bildung ein Wert an sich ist und einen Wert für sich hat! Wenn wir unsere Kinder bspw. in Naturwissenschaften ausbilden, ist das eine frühe Investition in künftige technologische Fortschritte. Wer in jungen Jahren gerne etwas über die Funktionsweise der Sonne erfahren möchte, wendet sich später vielleicht der wissenschaftlichen Erforschung der Sonnenenergie zu und fragt, wie sie genutzt werden kann.

Natürlich muss technisches und arbeitsmarktorientiertes Wissen in den Schulen vermittelt werden, aber nicht allein. Wir brauchen zur Sinnstiftung gerade heute Investitionen in die kulturell-musische Bildung. In einer repräsentativen Befragung der GEW gaben 2012 knapp 40 Prozent von rund 3500 Lehrkräften an, dass an ihrer Schule die kulturelle/musisch-ästhetische Bildung immer stärker in den Hintergrund getreten sei und nicht genügend Beachtung finde. Der Verzicht auf kulturelle Bildung aber wird unsere demokratische Grundordnung über kurz oder lang gefährden, weil der Nachfolgeneration die politische Urteilsfähigkeit fehlt. Bernhard Heinzlmaier spricht schon von einer systematischen Verdummung der jungen Generation, die "mit begrenztem Horizont und engem Herz" in eine unmenschliche Leistungsgesellschaft gedrängt werden würde, wenn unser Erziehungs- und Bildungssystem nur noch nach den ökonomischen Gesichtspunkten von OECD und Pisa funktionieren muss. Weil es nur noch um Einzelinteressen geht, nicht mehr um das gesellschaftliche Ganze. Wo früher die Orientierung an Traditionen Sicherheit gab, herrscht heute Beliebigkeit und Unübersichtlichkeit. Nach dem Pisa-Schock 2001 bauten die Kultusminister die deutsche Schullandschaft um. Ergebnis: Heute haben wir statt vier weiterführender Schultypen sagenhafte 14. Auch ist anstelle von sozialen und beruflichen Kompetenzen vielfach die Selbstvermarktungsfähigkeit getreten. Unsere neoliberal angehauchten Politiker und Wirtschaftsführer vergessen aber, dass sich Erfolg und Sinn von Bildung und Forschung immer erst danach zeigen – sie sind nicht vorher planbar.

Wir sollten wegkommen von einer Lebenshaltung, in der es nur um materielle Güter geht, und von einer Bildungspolitik, die nur den Interessen der Wirtschaft dient. Wir brauchen eine neue Bewegung aus der Zivilgesellschaft heraus, wenn humanistische Werte in unserem

Bildungssystem wieder eine Rolle spielen sollen. Die Finanzkrise sollte uns veranlassen, über die nichtmonetären Aspekte eines guten Lebens nachzudenken. Solche Überlegungen werden uns helfen, diese Aspekte von Bildung und Erziehung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Dazu gehört natürlich, solche Werte zwischen Flensburg und Füssen im Konsens zu finden und zu formulieren – und das bedeutet erst recht: ein einheitliches Bildungssystem für ganz Deutschland! Schluss mit der Kleinstaaterei auf dem Bildungssektor. Lerninhalte und Ergebnisse der Schulbildung sind bislang nicht kompatibel. Diverse Bildungskonzepte erschweren Familien den Umzug zwischen den Bundesländern. Wer aus Hamburg nach Sachsen zieht oder aus Sachsen nach Hessen, muss in seiner Klassenstufe ohne Probleme den Anschluss schaffen können. Neun von zehn Eltern lehnen den Bildungsföderalismus rundweg ab. Aber auch höhere Bildungseinrichtungen haben mit großen Differenzen im Bildungsstand zu Recht zu kommen. Ludwig Eckinger vom Verband Bildung und Erziehung fordert inzwischen: „Eine nationale Bildungsstrategie und bundeseinheitliche Standards vom Kindergarten bis zur Hochschule sind unumgänglich“. Zu dieser Strategie sollte auch gehören, die Studienplanung zu verbessern. Idealerweise finden wir einen Mechanismus zur lenkenden Regulierung der Studenten an den Universitäten und Hochschulen hin zu den Fächern, die die Gesellschaft in Zukunft benötigen wird. Was nützt unserer Gesellschaft eine Schaar von Studienabgängern, die letztendlich keine Stelle finden und dann irgendwo berufsfremd unterkommen. Und wohin es führt, wenn eine Elektrotechnikerin Verbraucherschutzministerin, ein Kaufmann Verkehrsminister oder gar ein Arzt Wirtschaftsminister wird, das sehen wir heute in Berlin. Oder wollten Sie von einem Vizekanzler von Mitte 30 regiert werden, der im Internet „Fipsi“ genannt wird? Oder wollen Sie jetzt einen blaugelben ungelernten Hilfsarbeiter wie Jan Mücke wählen, der das amerikanische Geschäftsmodell „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ in ein sächsisches Geschäftsmodell „Vom Aktenköfferchenträger zum Staatssekretär mit fünfstelligem Monatsgehalt“ gewandelt hat? Ich denke nicht!

Und genau an dieser Stelle sind wir beim Problem des sogenannten Fachkräftemangels, dem – so die Forderung aus der Wirtschaft – mit Zuwanderung zu begegnen ist. Für mich rückt die Mär von der Zuwanderung (wir haben über 700 000 pro Jahr - heute hat bereits jedes dritte Kind unter fünf Jahren in Deutschland einen Zuwandererhintergrund) gefährlich in die Nähe der Arbeitsmarktbereinigung. Die Frage des Fachkräftemangels ist keine neutrale, objektiv zu beantwortende, sondern immer von Interessen beeinflusst. Und dass Arbeitgeber immer großes Interesse an einem großen Angebot des Arbeitsmarktes haben, nicht zuletzt um die Entlohnung niedrig halten zu können, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Ebenso die Tatsache, dass es für Arbeitgeber in jedem Fall sinnvoll ist, einen Fachkräftemangel zu behaupten und den Staat dazu zu veranlassen, das Arbeitskräfteangebot möglichst groß zu machen. Dass die Wirtschaftsverbände ein Interesse an einem großen Arbeitskräfteangebot haben, jede Arbeitspolitik dagegen nur das Ziel verfolgen kann, die Arbeitslosenquote zu verringern, was aber logischerweise die Auswahl für personalsuchende Unternehmen

verringert, muss offen benannt werden. Genauso wie es die Aufgabe einer vernünftigen Wirtschaftspolitik wäre, beide Interessen abzuwägen. Allerdings müsste hierfür als Vorbedingung die Dialektik zwischen dem Bedarf der Arbeitgeber und dem Interesse der Gesellschaft an einer geringen Zahl von Arbeitssuchenden überhaupt erst einmal klar benannt werden. Und das findet nicht statt und ist eine Riesenchance für uns.

Fakt ist, die deutschen Hochschulen produzieren selbst in schwierigen Fächern wie Mathematik, Physik, Informatik und Ingenieurwesen 3x so viele Absolventen wie tatsächlich am Markt untergebracht werden können. Die Folge ist, dass massenweise jene Akademiker in Hilfsarbeiterjobs landen und die Schuldenlast des Bafögs bis zur Privatinsolvenz mit sich schleppen! Die Vermassung der höheren Qualifikationen (in der BRD macht heute etwa die Hälfte eines Jahrgangs Abitur) führt nach den Gesetzen des Arbeitsmarkts zu einer Entwertung der qualifizierten Arbeitskraft. In Verbindung mit dem Kostendruck auf das „unproduktive“ Bildungssystem hat sich daraus eine fortschreitende Prekarisierung auch der akademisch gebildeten Schichten entwickelt. Hinzu kommt die Diskrepanz zwischen der Qualifizierung und den konjunkturellen Anforderungen. Da der gesellschaftliche Zusammenhang keiner gemeinschaftlichen Planung unterliegt, sondern einer blinden Dynamik, werden die einen Qualifikationen plötzlich überflüssig oder zum Überangebot, während die anderen fehlen. Ausbildung geht aber nur langfristig, während die Anforderungsprofile in der globalen Konkurrenz sprunghaft wechseln.

Neoliberale (sprich marktradikale) Worthülsen wie Bildungsgesellschaft, Chancengleichheit oder Eigeninitiative aber schieben dem Einzelnen den schwarzen Peter für sein Leben zu und blenden die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vollständig aus. Hat man einen miesen oder keinen Arbeitsplatz, war man zu dumm und/oder zu faul. Selbst als die Blase der New Economy platzte und Hunderttausende fachlich gut ausgebildeter Akademiker auf die Straße spülte, war nicht die Finanzwirtschaft Schuld, sondern der Hochschulabsolvent. Was soll das? Gerade wenn soziale Unterschiede mit dem Verweis auf das Leistungsprinzip gerechtfertigt werden, ergibt das bestenfalls dann einen Sinn, wenn die Möglichkeit, etwas zu leisten, einigermaßen gleich verteilt ist. Bei ungleichen Ausgangsbedingungen lassen sich die Ergebnisse eines „Leistungswettbewerbs“ nicht rechtfertigen, weil er keiner ist. Abgesehen davon ist es schwierig, ein allgemeines Maß für Leistungen zu finden. Aber sollte nicht jeder ein Recht auf eine bezahlte Arbeit haben, die seinen Neigungen und Begabungen entspricht und bei der er etwas leisten kann? Dies in der Verfassung zu verankern würde ich für human halten.

Daher – selbst wenn diese Forderung sogar Oskar Lafontaine erhoben hat: Qualifizierung vor Einwanderung! Der euphemistische Begriff der „Willkommenskultur“ karikiert das ins Gegenteil! Wer von Ihnen jetzt im Urlaub war: wen heißt denn ein Gastland willkommen? Den, der Geld mitbringt und das in seinem mehr oder weniger kurzen Aufenthalt auch ausgibt! Und außerhalb von Urlaub: den, der sich einbringen will, etwas leisten, ja investieren will! Deutsche Firmen müssen dazu gebracht werden, ihre eigentlichen

Mitbürger willkommen zu heißen, in ihre Qualifikation zu investieren, den Schulen zu sagen, was und wen sie brauchen! Aber nicht, zu kapitulieren und infolge Akutmangels auf kurzfristige ausländische Lösungen zu setzen! Denn: die Abbrecherquote bei Auszubildenden im Jahr 2010 lag bei 23, die Abbrecherquote bei Bachelor-Studenten 2010 gar bei 28 %. Hier ist den Gründen nachzuforschen, nicht aber die jungen Leute als „lost generation“ abzutun, prekär verkommen zu lassen und stattdessen preiswerte Ausländer wie etwa philippinische/ chinesische Pflegekräfte oder mit EU-Fördergeldern 5000 junge Spanier zu rekrutieren, die in Deutschland eine Ausbildung oder einen Job erhalten sollen.

Neben einem Wert „Bildung“ mit einheitlichen Standards und dem Schwergewicht auf eigene nationale Potentiale sind für mich auch deutsche Bildungsabschlüsse „Werte“. Für mich gehört auf den Prüfstand, d.h. wissenschaftlich fundiert untersucht und dann in der Gesellschaft debattiert, was die seit den letzten Jahren vielbeschworene „Inklusion“ für beide Seiten an Vorteilen bringt. Kennen Sie eine Kolonne, deren Marschtempo sich nach dem Schnellsten richtet? Ich nicht! Hier wird die sog. Chancengleichheit in der Bildung zu einer Nivellierung nach unten! Genau dasselbe würde ein Hausaufgabenverzicht anrichten!

Das bedeutet weiter: Abitur nur für wirklich gute Schüler! Das Limit sollte ein Notendurchschnitt „2,0“ in der 8. Klasse sein. Keine Plattform für Eltern, die den eigenen Ehrgeiz auf den Schultern ihrer Kinder austoben! Die Schüler quälen sich und sind unglücklich. Was nützt der Gesellschaft ein Heer von Abiturienten, die dann den Realschulabgängern die Lehrplätze streitig machen? Was nützen der Universität mittelmäßige und schlechte Abiturienten, die sich über mehrere Wiederholungsprüfungen durch das Studium schlängeln und dadurch mehr Kapazitäten in Anspruch nehmen als die sehr guten und guten Studenten, denen man sich dann weniger fördernd zuwenden kann?

Das bedeutet aber auch: wir müssen den sog. Bologna-Prozess mit seinen Bachelor- und Masterabschlüssen dringend überdenken! Um das Ziel von unpolitischen, ja, „Fachidioten“ zu vernebeln, nennt man das frühere Vordiplom jetzt Bachelor und ermöglicht so ein kritikloses Schmalspurstudium, ja einen Studienabschluss für Studienabbrecher. Der Bremer Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel bezeichnete heutige BWL-Absolventen als „Fuzzis“, Systemzwerge, ja graduierte Idioten, die über eine Reihe von Techniken verfügen, aber nichts von Ökonomie verstehen. Die Diplom-Ausbildung, der Titel „Diplomingenieur“ sollten als Markenzeichen unserer akademischen Bildung erhalten bleiben. Jeder Diplomingenieur, der im Ausland eingesetzt war, kann bestätigen, welche Hochachtung diesem Titel entgegen gebracht wird. Mindestens müssen wir den Hochschulen das Recht einräumen, selbständig ein Diplom für jene Studiengänge (wieder) einzuführen, bei denen sich ein nur sechssemestriges Bachelorstudium einerlei aus welchen Gründen nicht bewährt hat.

Und als letzten Wert neben Bildung und Abschlüssen möchte ich gern den der Gerechtigkeit aufführen. Ein Wert, den ich nicht nur hoch schätze und der darum ein wesentlicher Bildungs- und Erziehungsbestandteil sein muss; ganz gewiss wesentlicher als die

Homophobie, die die Grünen gern in der Schule sähen. Es muss wieder klar gemacht werden, dass Gerechtigkeit ein Grundsatz ist, der anderen Werten wie Freiheit, aber auch Gleichheit, vorgeordnet ist: Die Gerechtigkeit legt fest, welche Form der Freiheitsausübung gerecht und gerechtfertigt ist. Sie gilt als die oberste, wichtigste Tugend im Staatswesen, schon seit Platon. Daher setze auch ich Gerechtigkeit als Wert über den der Freiheit – wir sind zivilisierte Menschen, keine darwinistischen Affen – auch wenn die neoliberale Berliner Politik das Gegenteil vorlebt. Der ideale Mensch der Neoliberalen, der Homo oeconomicus, strebt nach einem Höchstmaß an Einkommen, sozialem Ansehen, Macht und Karriere. Er handelt rational, während der Humanist, der auf seine Mitmenschen Rücksicht nimmt und mit den Schwächeren solidarisch ist, als irrational gilt, also schön blöd. Demnach ist es irrational, einem Bewusstlosen nachts im Park Erste Hilfe zu leisten und den Notarzt zu rufen; dagegen rational, wenn auch ungerecht, ihm die Brieftasche zu entwenden und sich zu verdrücken. Und so bleibt der pausenlose Appell, jeden Schwächeren als willkommenes Opfer zu sehen, jeden Kollegen als feindlichen Konkurrenten, jeden Nichtkarrieristen als Looser und Drückeberger, jeden Arbeitslosen als Wohlstandsmüll, jeden Arbeitnehmer als Humankapital, jeden Steuerpfennig als staatlichen Raubzug und jede Sozialleistung als sentimentale Verschwendung zu sehen, natürlich nicht ohne Wirkung. Gier schafft Gegner, Werte schaffen Partnerschaften. Und dafür treten wir als Alternative an! Wie kann es sein, dass ein FDP-Wirtschaftsminister 30 000 arbeitslose Schlecker-Mitarbeiterinnen einer „Anschlussverwendung zuführen“ will?

Fast die Hälfte der Ostdeutschen glaubt, soziale Marktwirtschaft führe „automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit“, und nur gut ein Drittel glaubt, soziale Marktwirtschaft mache soziale Gerechtigkeit erst möglich. Was für eine Aufgabe für Erzieher, Pädagogen und Dozenten, wieder Vertrauen in diese Gesellschaftsform zu transportieren! „Der Politik ist eine bestimmte Form der Lüge fast zwangsläufig zugeordnet: das Ausgeben des für eine Partei Nützlichen als das Gerechte“, wusste schon Friedrich von Weizsäcker. Vielleicht auch daher das Maß an Politikverdrossenheit in Deutschland? „Die Staatsregierung hat keine Visionen mehr, keine Pläne für die Zukunft, sie agiert mit Dilettantismus und Arroganz“ sagt selbst Thomas Colditz, der in resignativer Wut zurückgetretene sächsische CDU-Bildungsexperte. Die einzige Vision besteht offenbar darin, das Verschuldungsverbot in die sächsische Verfassung zu schreiben.

Laut Institut für Demoskopie Allensbach empfinden 70 Prozent der Deutschen eine wachsende Gerechtigkeitslücke. 65 Prozent sind der Meinung, dass diese Lücke nicht von der Wirtschaft, sondern der Politik geschlossen werden müsse. Gleichzeitig sehen knapp zwei Drittel der Befragten die Politik als Verursacher von mehr Ungleichheit. Denn ist es gerecht, wenn der deutsche Kleinverdiener Banken, Hedgefonds, Spekulanten vor Verlusten bewahrt? Oder wenn relativ Arme sehr Reiche vor Verlusten bewahren?

Was Politik anbietet, sind Entwürfe für Lebensqualität, soziale Sicherheit und Entfaltungsrechte. Es sind keine Waren, keine Konsumversprechen. Wer aber Normen und

Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie. (vgl. G. Höhler) Wir müssen der Kanzlerin für den von ihr verwendeten Begriff der „marktkonformen Demokratie“ dankbar sein: er bringt unsere Verhältnisse auf den Punkt. Es geht aber um einen Gegenentwurf, um „demokratiekonforme Märkte“. Seit dem notwendigen Fall der Mauer scheint alles Denken über einen anderen Entwurf, der nicht von Privatisierung und Rendite bestimmt ist; eine Vision, die auf Fairness und Solidarität setzt, diskreditiert; die Marktlogik allerorts zur alleingültigen Instanz des gesellschaftlichen Zusammenlebens erhoben. Und ganz wichtig: Mit der heutigen Rettungssemantik wird suggeriert, es ginge um die Menschen. Gerettet aber werden Märkte, werden Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Machtgefüge, Wirtschaftssysteme; sie sollen überleben. Ob und wie Menschen dabei überleben, ist sekundär. Und das kann nicht sein! Die Frage, warum jemand durch bloßen Kapitalbesitz zigmal mehr verdient als ein Chirurg, Lehrer oder Facharbeiter, wird gar nicht mehr gestellt. Das kann auch nicht sein!

Gerade mal 3,4 Millionen Menschen in Deutschland sind direkte Aktienbesitzer. Es ist unnötig, den überwältigenden Rest der Republik tagtäglich mit den „Märkten“ zu konfrontieren, die nichts weiter sind als die Sorgenkurven der Gierigen. Wie kämen 76 Millionen dazu, sich für das Wohlergehen von 4 Millionen dumm und dusslig zu schuften? Menschen statt Banken, Punkt. Und was mit Banken möglich ist, haben die Isländer bewiesen, was mit Managergehältern, versuchen gerade die Schweizer zu beweisen. Hier soll im November das verbindliche Verhältnis 1:12 eingeführt werden – der bestverdienende Manager darf nur 12mal so viel verdienen wie ein einfacher Arbeiter. Die Vorstandsvorsitzenden der deutschen DAX-Konzerne verdienen dagegen das 133fache des durchschnittlichen deutschen Angestellten. Und weiter: Wie „Flexicurity“-Arbeitsmarktpolitik gehen kann, lebt uns Dänemark vor. Wie praktikable und funktionable Bildungspolitik aussehen kann, zeigt uns Finnland. Und in Bhutan wird Wohlstand nicht durch Wirtschaftswachstum definiert, sondern Glück als Staatsziel in der Verfassung verankert. Für Deutschland stellen sich all diese Fragen nicht, Deutschlands Entwicklung ist alternativlos??? Aus Protest haben inzwischen zwei Mannheimer Kommunikationsstudenten ein „Ministerium für Glück und Wohlbefinden“ gegründet – wer von Ihnen würde da nicht gern Minister sein?

Umwälzungen finden in Sackgassen statt, erkannte Brecht. Wir brauchen ein Umdenken in der Messung ökonomischen Fortschritts - Die Messgröße nämlich beeinflusst das Tun. Würden Leistungen in Bezug auf die Verbesserung von Lebensqualität, Umwelt, Gesundheit, Bildung und eben Gerechtigkeit in einer zentralen Kennziffer mit erfasst, würden sie womöglich verstärkt Gegenstand politischen Handelns. Dazu müssten jedoch verinnerlichte Denkmuster verabschiedet werden, was ich den politischen Akteuren der Gegenwart nicht zutraue. Was ist denn übrig geblieben vom Ahlener Programm der CDU, beschlossen am 3.2.47, in dem u.a. zu lesen ist „Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein...“ Genau für dieses Wohlergehen stehen wir ein!

Verteilungsgerechtigkeit gehört zur Demokratie, wie der Berliner Politikwissenschaftler Bodo Zeuner jüngst feststellte: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann gerecht, wenn sie den Schlechtgestellten den größtmöglichen Vorteil bringen. Wir sollten nie vergessen: „Die Armen sind auf Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen auf Ungerechtigkeit.“ (Brecht) Eine gerechte Gesellschaft ist ein Projekt, von dem man nie behaupten kann, dass es abgeschlossen ist.

Und: Gerechtigkeit hat natürlich auch etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Wer hierzu die 517 Seiten des Kinder- und Jugendberichts 2013 von Familienministerin Christina Schröder durchforstet, stößt auf klare Worte. „Fast jeder dritte junge Mensch“, so heißt es, komme „aus einem Elternhaus, das entweder von Armut bedroht ist, in dem die Eltern keiner Erwerbstätigkeit nach gehen oder aber selbst keine ausreichenden Schulabschlüsse vorweisen können“. Eine wachsende Zahl Jugendlicher bleibe „mehrere Jahre oder gar dauerhaft arm“. Auch bei der Frage, ob Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, beziehen die Regierungsexperten eindeutig Position: „An verschiedenen Stellen wurde herausgearbeitet, dass ... die Ungleichheit keineswegs abgenommen, sondern sich eher verfestigt und in einigen regionalen Bereichen sogar zugenommen hat.“ Die Autoren halten fest, „dass die soziale Herkunft in hohem Maße die Lebenschancen eines jungen Menschen bestimmt“. Nur ein Beispiel ist die Lehr- bzw. Lernmittelfreiheit. So wettet man theatralisch gegen die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft, während sie gleichzeitig durch weitgehende Streichung der Lehrmittelfreiheit zementiert wird. Sachsen ist da in einer recht glücklichen Lage gegenüber anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, das waren nur wenige und natürlich leuchtturmartige Beschreibungen dessen, was bei uns im Bildungsbereich im Argen liegt. Ihren Reaktionen entnehme ich, dass Sie mit mir in vielen Fragen überein stimmen. Daher mein Appell an Sie: gehen Sie am 22. September wählen, und wählen Sie uns! Unsere Umfragewerte werden von Tag zu Tag besser. Und: wichtig ist nicht, was der Bürger in solchen Umfragen sagt, sondern was er denkt und wie er dann im Wahllokal handelt. In der DDR äußerte kaum jemand offen seine (Anti-Staats-)Meinung - wer will freiwillig in Stasi-Haft? – aber dann kam wie fast aus heiterem Himmel die friedliche Revolution. Auch heute kann trotz noch so vieler Umfragen und Studien über das wahre Ausmaß der Politiker-, System- und Euroverdrossenheit nur spekuliert werden. Warum sollte denn jemand, der mit dem Gesellschaftssystem innerlich abgeschlossen hat, den Demoskopen die Wahrheit sagen, anstatt die politische Klasse durch falsche Angaben in Sicherheit zu wiegen?

Daher: Werden Sie aktiv! Legen Sie die chronische Duldungsstimmung unseres Landes ab, kommen Sie aus dieser Lethargokratie! Es geht um die Sehnsucht, sich aus der Ohnmacht zu befreien (G. Schramm). Das Böse triumphiert allein dadurch, dass gute Menschen nichts unternehmen. Werden Sie vom Wut- zum Mutbürger! Zeigen Sie Ihren Willen, dieses Land, unser Land zu verändern, lebenswerter zu machen, es herauszulösen aus den unsäglichen unendlichen Rettungsmechanismen, die unser Geld auffressen, das Geld, das wir woanders viel dringender brauchen. Wählen Sie am 22. September Liste 9, wählen Sie die AfD! Danke...